Peter Grabowski - 12. Juli 2017

Im Norden ist die Welt ganz in Ordnung

Kiel im kulturpolitischen Porträt

Kiel

- Einwohner: 246.300
- Fläche: 118,65 km²
- Bevölkerungsdichte: 2.076 Einwohner pro km²
- Nächste Oberbürgermeisterwahl: 2020
- Nächste Kommunalwahl: 2019
- Oberbürgermeister: Ulf Kämpfer (SPD)
- Kulturdezernent: Wolfgang Röttgers
- Kulturausgaben: ca. 28 Millionen Euro pro Jahr
- Kulturausgaben pro Einwohner: ca. 112 Euro pro Jahr

„Läuft!“ – so oder so ähnlich lautet die häufigste Antwort, wenn man in Kiel nach den kulturpolitischen Baustellen fragt und auch nach ihnen guckt. In der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt sind sie ganz zufrieden mit ihrem Kulturangebot und der Entwicklung in den Institutionen und Projekten.

Ungefähr 250.000 Einwohner hat die nördlichste der deutschen Großstädte aktuell und sie hält alles vor, was man auch in Gegenden mit mehr Kommunen vergleichbarer Größenordnung „kulturelle Grundversorgung“ nennt: Ein gut ausgestattetes Vierspartentheater, eine Kunsthalle für die Klassiker der Bildenden Kunst und eine Stadtgalerie für die Zeitgenössische Kunst. Das Stadtmuseum ist rechtzeitig zum 100. Jahrestag des revolutionsauslösenden Matrosenaufstandes 1918 aus einem längeren Dornröschenschlaf erwacht und die hochmoderne Stadtbibliothek – zusammen mit der Stadtgalerie im „Neuen Rathaus“ mitten in der City untergebracht – erfreut sich großer Beliebtheit: Rund ein Zehntel der Einwohner nutzt die physischen und digitalen Angebote.

Natürlich ist nicht alles nur ruhige See rund um die „Hörn“, wie die südliche Hafenspitze der alten Hansestadt heißt. Die ist eine Art umgedrehter Sackbahnhof des Schiffsverkehrs und teilt die Stadt(mitte) in Ost und West. Wie öfter in deutschen Städten ist es dabei im Osten ein bisschen prekärer. Vor allem in Gaarden, aber auch in Elmschenhagen, Ellerbek und Wellingdorf finden sich nicht unbedingt die feinsten Adressen Kiels. Dort konzentrierten sich einst die Werftbetriebe des Ostseehafens.

Mit „KreativKiel“ hat die Stadt 2014/15 in einem partizipativen Prozess ein Konzept zur Stadtentwicklung gerade in diesen Gebieten, aber auch für die ehemaligen Militäranlagen im nördlichen Stadtteil Wik entstehen lassen. „Kulturelle Sukzession“ lautet eines der

Schlagworte, um verlassene Hafen-, Gleis- und Militärgelände – die berühmten „Konversionsflächen“ – auch durch künstlerische Interventionen wieder für den (öffentlichen) Stadt- und Sozialraum zu gewinnen.

Parallel dazu geben im Status quo-Bericht für die örtliche Kultur- und Kreativwirtschaft mehr als die Hälfte der „Jungen Professionellen“, das sind noch nicht etablierte Unternehmer mit bereits funktionierender Geschäftsidee, an, dass die größte Herausforderung für sie – neben dem Vermarkten ihrer Produkte – im Finden geeigneter Räume bestehe. Wie auch in manch anderer von Strukturwandelfolgen betroffener deutscher Großstadt treffen in Kiel motivierte und ideenreiche Absolventen einer renommierten Hochschule – vor allem der altehrwürdigen Christian-Albrechts-Universität im Westen der Stadt – auf einen urbanen Raum mit vielen Brachen und Entwicklungsmöglichkeiten. „Matching Situation“ nennen das die Stadtentwickler gerne, weil ein Gemeinwesen hier „nur noch“ ein existierendes Raumangebot für eine bestehende Nutzer-Nachfrage aufbereiten muss.

Darüber hinaus holt man sich auch externen Rat von Leuten mit ausgewiesener Expertise im Kulturellen. Vor allem Trevor Davies ist ein gern gesehener Gast an der Förde: Der Direktor der gegenwärtigen dänischen Kulturhauptstadt Aarhus und des Copenhagen International Theatre blickt auch auf eine insgesamt 40-jährige Erfolgsgeschichte als Stadtentwickler zurück, und das von ihm mitentwickelte „Cultural Planning“ könnte auch für Kiel den Weg in die Zukunft weisen.
Das wünscht sich nicht nur der Vorsitzende des Kulturausschusses in der Kieler Ratsversammlung, Dirk Scheelje von den Grünen – doch gerade wenn man mit ihm über dieses Thema spricht, überträgt sich seine Begeisterung sogar durchs Telefon. Und mit ebenso deutlich vernehmbarem Stolz verweist er auf den Umstand, dass alle Entscheidungen des Rates zu „KreativKiel“ und der Förderung der Kulturwirtschaft einstimmig gefallen seien. Das loben auch andere Gesprächspartner rund ums Rathaus und sogar in der Landesregierung, weil sich die Stadtpolitik sonst doch gerne mal eher strukturkonservativ zeigt.

Darum wird es in den kommenden Monaten vermutlich auch bei einer ganz anderen Causa mit weitreichenden Folgen gehen. Mitten in der Stadt, zwischen Schlossgarten, Steigenberger Hotel und einer noblen Wohnsiedlung, wartet ein echtes Filetgrundstück auf Weichenstellungen für die Zukunft: Die „Alte Mu“. Der Begriff ist eine Abkürzung für „Alte Muthesius“ und bezeichnet das frühere Gelände der örtlichen Kunsthochschule. Die platzte aus allen Nähten und zog vor fünf Jahren in ein neues Domizil ein paar 100 Meter weiter westlich – übrigens zurück an den Ort ihrer Gründung vor mehr als 100 Jahren.

Auf dem leer stehenden Areal haben sich seither sukzessive Dutzende Aktivisten, Initiativen und Start-Ups angesiedelt. Passieren konnte das durch geschicktes Taktieren und Lavieren der Initiatoren selbst und des Hochschulkanzlers – zum großen Unmut des Rektors, aber das ist eine andere Geschichte. Die zu Beginn der 1960er Jahre im Stil der Ulmer Schule pavillonartig angelegte Kunstakademie ist nämlich immer noch im Besitz des für Wissenschaftseinrichtungen zuständigen Landes Schleswig-Holstein.

Dessen bisherige rot-grüne Regierung hatte regelrecht wohlwollend auf das nahezu in Wildwuchsmanier gedeihende Kreativzentrum mitten in der Hauptstadt geguckt. Ob allerdings die just vereinbarte neue „Jamaika-Koalition“ von CDU, FDP und Grünen unter Führung des Christ-demokraten Daniel Günther diesen Kurs fortsetzen wird, ist fraglich – und die Situation insgesamt auch etwas unübersichtlich: Der Kieler Oberbürgermeister Ulf Kämpfer (SPD) plädiert nämlich schon länger für eine Veräußerung des von Immobilienentwicklern höchstpreisig eingeschätzten Grundstücks in immerhin zentraler Traumlage.

Eine Wohnbebauung schwebt dem sozialdemokratischen Stadtoberhaupt dort vor; nicht nur, aber auch in gehobener Qualität. Das sah Torsten Albig, der bisherige Ministerpräsident und ebenfalls ein SPD-Mann, mit Blick auf die urbane und kulturelle Entwicklung der Landeshauptstadt allerdings explizit anders. Wie sich nun eine von CDU und FDP dominierte Landesregierung in dieser Gemengelage entscheiden wird – etwa zugunsten eines SPD-OB? – ist bislang unklar. Nur die Grünen sind in dieser Frage bislang weiter auf Kurs, während die rührigen Aktivisten aus der „Alten Mu“ über eigene Drähte Kontakt zum neuen Regierungschef Günter aufbauen. Sie haben auch einen Finanzierungsplan für den Ankauf des Geländes in der Tasche: Eine gemeinnützige Stiftung mit freiem Kapital hält eine mittlere einstellige Millionensumme bereit.

Im Sommer 2017 ist die „Alte Mu“ jedenfalls eine bunte und gut funktionierende Mischung aus Imkerprojekt, Fahrradkino, innovativen Architekturbüros und Stadtplanerprojekten sowie einer Craft Beer-Brauerei. Und zu so mancher Kulturveranstaltung ist das Gelände bis an die Kapazitätsgrenzen voll. Jeder Stadtentwickler – nicht nur – in dieser Republik wäre froh, eine derart lebendige, basisdemokratisch organisierte und im Übrigen sogar ökonomisch funktionierende Riesen-Kreativzelle im Zentrum zu haben.

Andererseits kann ein Bundesland mit chronisch knapper Kasse auch nicht einfach so ein begehrtes Filetgrundstück mitten in der Hauptstadt verkaufen, eventuell sogar deutlich unter Marktwert. Und nicht zuletzt meldet ein Oberbürgermeister berechtigte Interessen an, der gegen alle früheren Vorhersagen auf ein signifikantes Bevölkerungswachstum reagieren muss: Bis zu 20 Prozent mehr Einwohner sind für das übernächste Jahrzehnt

prognostiziert. Die müssen irgendwo wohnen – und um keine zusätzlichen Pendlerströme zu verursachen, vielleicht ja doch lieber direkt in der Stadt.

Dort wird es bald voraussichtlich noch eine inhaltlich etwas anders gelagerte Kulturbaustelle geben: Der Konzertsaal im Schloss muss saniert werden. Das klingt nobler als es ist, denn die altehrwürdige „Neben-residenz“ der Gottorfer Herzöge, unter anderem stand die Zarin Katharina die Große mal in dieser Linie, wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört und Jahre später etwas … nun ja, sagen wir mal „nüchtern“ wieder aufgebaut. Blöderweise hat das Land den Bau in einem Anfall von neoliberalem Privatisierungswahn 2003 an einen Investor verkauft. Jetzt soll das Gebäude erst zurückerworben und dann der akustisch immer noch vielgepriesene Musiksaal saniert werden. Kostenpunkt: 24 Millionen Euro, gedrittelt geschultert von Stadt, Land und bürgerschaftlichem Engagement.

Die Zeit drängt ein bisschen, denn im wahren Sinne des Wortes am Horizont des angrenzenden Meeres dräut ein bedeutender Termin: „KielKultur2020“. In drei Jahren will man „Ostseestadt der Kultur“ sein; eine von insgesamt fünf in den Anrainerstaaten des baltischen Meeres. Dann sollte auch das musikalische Herz der Stadt wieder vernehmlich schlagen. Und damit Taktgeber sein für eine kulturelle Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten, über die nicht nur Kulturpolitiker sagen sollen: „Läuft!“

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat